



Newsletter 2/2014

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser!

Beim 2. Treffen des Beratungsnetzwerkes hat das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV Hamburg) Teile des Verfassungsschutzberichtes 2013 in Bezug auf Rechtsextremismus vorgestellt. Eine Zusammenfassung ist in diesem Newsletter nachzulesen.

Das MBT hat sich mit den Europawahlen beschäftigt und stellt einige Ergebnisse der Bezirkswahlen vor.

Auf der Grundlage des Landesprogramms „Hamburg – Stadt mit Courage“ können Vereine, Initiativen, Migrantenorganisationen, Betriebe, Interessenvertretungen, Verbände und Einzelpersonen zur Finanzierung kleinerer Maßnahmen Projektmittel bei der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) beantragen. Wir wünschen viele Anregungen beim Lesen!

Ihr BNW-Team

Inhalt

1. Neuigkeiten aus der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
2. Verfassungsschutzbericht 2013
3. Mobiles Beratungsteam
4. Rückblick
5. Ausblick

1. Neuigkeiten aus der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Die BASFI hat im Amt für Arbeit und Integration ein neues Referat „Förderung der demokratischen Kultur und des Zusammenhalts“ eingerichtet und informiert über dessen Aufgaben. Das Referat ist federführend für die Umsetzung des Landesprogramms zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus, über das im letzten Newsletter ausführlich informiert wurde. Mit der Bereitstellung von Zuwendungsmitteln i. H. v. 100.000 € für kleinere, zivilgesellschaftlich organisierte Projekte gegen Rechtsextremismus, menschenfeindliche Einstellungen und Diskriminierung sowie zur Stärkung demokratischen Bewusstseins setzt die BASFI eine wichtige Maßnahme des Landesprogramms um. Die Förderrichtlinien sind unter <http://www.hamburg.de/landesprogramm/4304>

[158/foerderrichtlinie/](#) nachzulesen.

Es stehen noch weiterhin Mittel zur Verfügung, die Antragsunterlagen können abgefordert werden bei der BASFI – Projekt- und Zuwendungssteuerung, AI 44 –Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg, Tel. 42863-3602

Zudem hat die BASFI die Universität Hamburg mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Qualität des Zusammenlebens in Hamburg beauftragt. Dabei wurde u.a. auch nach vorurteilsbasierten Einstellungen z.B. bezogen auf Muslime, Sinti und Roma oder Homosexuelle gefragt. Die Ergebnisse liegen voraussichtlich im Oktober vor.

Als eine weitere Maßnahme des Landesprogramms wurde zwischenzeitlich das Interessenbekundungsverfahren für ein Beratungs- und Betreuungsangebot für rechtsextrem orientierte junge Menschen abgeschlossen. Aktuell werden die Bewerbungen ausgewertet. Der Aufgabebereich „Zusammenhalt stärken“ ergänzt das Landesprogramm und soll mit unterschiedlichen Projekten zu einem gesellschaftlichen Klimawandel beitragen und erreichen, dass Vielfalt zunehmend als Normalität wahrgenommen wird. In diesem Rahmen wird von 2014-2017 die *Junge Islam Konferenz – Hamburg. Volle Vielfalt voraus* umgesetzt:

Die Junge Islam Konferenz–Hamburg ist:

- ... eine **Jugendkonferenz** an zwei Wochenenden (20./21. und 27./28. September 2014) für junge Muslime und

Nicht-Muslime zwischen 17 und 23 Jahren.

- ... eine **Plattform zum Austausch** über gesellschaftliche Vielfalt und plurale Lebensentwürfe in Hamburg am Beispiel von Islam und Muslimen.
- ... die **Chance**, konkrete Empfehlungen und Wünsche zum Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen in Hamburg zu entwickeln, mit politischen Entscheidern zu diskutieren und damit Hamburger Politik mitzugestalten.
- ... die **Möglichkeit**, Hamburg auf der einmal jährlich tagenden Bundeskonferenz der JIK zu vertreten.

Hamburger Jugendliche können sich noch bis zum 7. September bewerben! Bewerbungsunterlagen und mehr Infos gibt es unter www.junge-islamkonferenz.de. Für Eilige gibt es eine [Schnellregistrierung!](#)

2. Verfassungsschutzbericht 2013

Die Entwicklung der rechtsextremistischen Szene 2013 in Hamburg war Thema eines Vortrages von Jan Kapusta vom LfV Hamburg.

Nach Feststellungen des LfV Hamburg blieb das rechtsextremistische Personenpotenzial im letzten Jahr unverändert. Der NPD, den neonazistischen Gruppierungen, der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene und den sonstigen in Hamburg aktiven

rechtsextremistischen Organisationen sind weiterhin insgesamt 330 Mitglieder zuzuordnen. Die Mobilisierungsstärke und Kampagnenfähigkeit der rechtsextremistischen Szene ging 2013 jedoch eher zurück.

Bei den rechtsextremistischen Straftaten war 2013 ein leichter Rückgang festzustellen, von 396 im Jahr 2012 auf 360 Delikte. Die Zahl der Gewalttaten sank ebenfalls von 38 auf 32.

Obwohl sich die rechtsextremistische Szene in Hamburg vergleichsweise schwach darstellt, ist insbesondere mit Blick auf mögliche Radikalisierungstendenzen weiterhin Achtsamkeit geboten. So ermittelte der Generalbundesanwalt 2013 u.a. wegen des Verdachts der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung mit Bezügen nach Hamburg. Nachgegangen wurde Hinweisen auf die Gründung eines so genannten „Werwolf-Kommandos“, an der möglicherweise ein aktuelles und ein ehemaliges Mitglied der neonazistischen Gruppierung „Weisse Wölfe Terrorcrew“ beteiligt waren. Am 17. Juli 2013 wurden bei den Betroffenen Hausdurchsuchungen durchgeführt. Hinweise auf bevorstehende Anschläge liegen allerdings nicht vor.

Die 2013 weitergeführten Ermittlungen zu den Hintergründen der NSU-Mordserie erbrachten für Hamburg nur wenige neue Spuren (s.u.). Nach bisherigem Ermittlungsstand gibt es keine Belege dafür, dass Hamburger

Rechtsextremisten in direktem persönlichen Kontakt zu drei Mitgliedern des NSU standen.

Die NPD hat in Hamburg etwa 130 Anhänger, nur ein kleiner Teil beteiligt sich jedoch an den politischen Aktivitäten der Partei. Auch während des Wahlkampfs zur Bundestagswahl trat die Hamburger NPD kaum in Erscheinung. Mit 0,6% fuhr der Hamburger Landesverband das schlechteste Wahlergebnis aller Landesverbände ein. Bundesweit erreichte die NPD 1,3%. Zu den schärfsten Kritikern der Parteiführung gehört der Hamburger Landesvorsitzende und bekennende Nationalsozialist Thomas Wulff. Versuche des Bundesvorstandes, ihn aus der Partei auszuschließen, hatten bisher keinen Erfolg.

Zentrales Agitationsthema der Hamburger NPD und der hiesigen Neonazi-Szene war die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Der „Kameradenkreis Neonazis in Hamburg“, dem etwa zehn Aktivisten angehören, versuchte durch zahlreiche Hetzartikel im Internet, Flugblattverteilungen und durch das Aufhängen von fremdenfeindlichen Transparenten in der Nähe von bereits vorhandenen oder geplanten Flüchtlingsunterkünften auf sich aufmerksam zu machen – allerdings ohne großen Erfolg. Der Gruppe gelang es nicht, weder über dieses Thema oder andere Propagandaaktionen, neue Anhänger zu gewinnen.

Die zweite Hamburger Neonazi-Gruppe, die „Weisse Wölfe Terrorcrew“, war 2013 in Hamburg weniger präsent als noch in den

Vorjahren. Auch ihr gehören nicht mehr als zehn Aktivisten an. Die Gruppe nimmt häufig an Demonstrationen teil und versucht, überregional Kontakte zu knüpfen, um sich in einem größeren Personenzusammenhang zu vernetzen. Mitglieder der Gruppe fielen 2013 durch fremdenfeindliche Straftaten auf.

Die so genannte subkulturell geprägte Szene umfasst Rechtsextremisten, die zwar einen rechten Lifestyle pflegen, Konzerte besuchen und durch politisch motivierte Straftaten auffallen, sich aber kaum politisch engagieren. Dieser Szene werden in Hamburg etwa 130 Personen zugerechnet. Die rechtsextremistische Musikszene spielt in Hamburg kaum eine Rolle. Zwar gibt es mehrere rechtsextremistische Bands, die teilweise auf größeren überregionalen Konzerten mit über 1.000 Besuchern auftreten, 2013 gab es jedoch, wie auch in den beiden Vorjahren, keine rechtsextremistische Konzertveranstaltung in Hamburg.

Die Entwicklung im Bereich der Burschenschaften wird vom LfV Hamburg ebenfalls aufmerksam beobachtet. Die „Pennale Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg“, der etwa 30 Rechtsextremisten angehören, findet seit einigen Jahren Erwähnung in den Verfassungsschutzberichten des LfV Hamburg. Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen bestehen auch bei der Hamburger Burschenschaft Germania.

Das in Hamburg ansässige „Deutsche Rechtsbüro“ (DRB) ist eine seit gut 20 Jahren aktive juristische Selbsthilfeeinrichtung der rechten Szene. Geleitet wird das DRB von einer Hamburger Szene-Anwältin, die bundesweit aktiv ist. Im Zusammenhang mit den NSU-Ermittlungen wurde bekannt, dass das DRB 2002 möglicherweise einen Brief von dem Neonazi-Trio erhalten hatte. Auch die „Nordische Zeitung“, die Publikation der heidnisch-germanisch geprägten „Artgemeinschaft“, stand auf einem Zettel mit den Namen möglicher Briefempfänger. Die bis zu seinem Tod 2009 von dem Hamburger Neonazi Jürgen Rieger geleitete „Artgemeinschaft“ hat in Hamburg nur noch wenige Mitglieder.

Eine weitere in Hamburg aktive Vereinigung ist die „Europäische Aktion“ (EA). Dieses 2010 von Holocaust-Leugnern und Antisemiten gegründete internationale Netzwerk ist organisationsübergreifend tätig, hat jedoch in Hamburg Schwierigkeiten funktionierende Strukturen aufzubauen.

Als Fazit ist festzustellen, dass die rechtsextremistische Szene in Hamburg im vergangenen Jahr weiter an Bedeutung verloren hat. Zurückzuführen ist dies auch auf den zivilgesellschaftlichen Kampf gegen Rechtsextremismus, der sich 2012 in der Aktion „Hamburg bekennt Farbe“ eindrucksvoll formiert hatte und u.a. im Rahmen des BNW fortgeführt wird. Gleichwohl muss insbesondere

die gewaltbereite rechtsextremistische Szene weiter intensiv beobachtet werden, um den von ihr ausgehenden Gefahren frühzeitig begegnen zu können.

3. Mobiles Beratungsteam

Das MBT Hamburg hat sich in den letzten Monaten u.a. mit den Wahlkampfstrategien und Resultaten der Bezirks- und Europawahl beschäftigt.

Vor den Wahlen ging es neben dem Vereinsausschluss des Fußballtrainers in Wandsbek, der für die NPD kandidierte, auch um eine geplante Veranstaltung der Volkshochschule Ost in Wandsbek, bei der die NPD präsent sein wollte. U.a. durch die Initiative des MBTs, das die anderen Parteien kurzfristig auf diese Situation aufmerksam machte, konnte der vorbereitete Infostand der NPD in den Räumen der VHS verhindert werden. Obwohl die Hamburger NPD am 24. Mai 2014 noch zwei Infostände (in Bramfeld und Bergedorf/Lohbrügge) durchführte, hat sie bei den Bezirkswahlen - die NPD kandidierte in den Bezirken Wandsbek, Bergedorf und Hamburg-Nord - mehr als bescheiden abgeschnitten.

Ergebnisse Bezirkswahl:

0,6% in Bergedorf (entspricht 1.189 Stimmen),
0,6% in Wandsbek (entspricht 4.275 Stimmen),
0,3% in Hamburg Nord (entspricht 1.784 Stimmen). Die NPD Hamburg selbst interpretiert die Ergebnisse als Achtungserfolge

und schreibt auf ihrer Homepage: „Selbst ohne einen Antritt in den traditionell erfolgreichen Bezirken Harburg und Mitte wurden auf Bezirksebene zum Teil Achtungserfolge erzielt. Gerade in Hinblick auf die Bürgerschaftswahl im Februar 2015 schürt dies Hoffnung auf ein gutes Abschneiden unserer NPD. Im Februar ist die NPD in ganz Hamburg wählbar!“

Die erstmals bei Bezirksversammlungswahlen angetretene AfD zieht in alle Bezirksversammlungen ein. Ihr bestes Ergebnis erreicht sie in Harburg mit 6,0% der Stimmen. Auch in Wandsbek und Hamburg-Mitte gewinnt sie mehr als 5% der Stimmen. Am vergleichsweise schwächsten schneidet sie mit 3,3% in Altona ab.

Europawahl:

Ein Prozent der Stimmen konnte die NPD bei den Europawahlen holen – somit zieht sie mit einem Abgeordneten, Udo Voigt, nach Straßburg. Bedeutsam war die Europawahl für die NPD auch als Gradmesser für anstehende Regionalwahlen, insbesondere in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Den Ergebnissen zufolge muss sie eine „Zitterpartie“ befürchten und kann nicht davon ausgehen, (erneut) in die Landtage einzuziehen.

Neben der NPD waren aus dem extrem rechten Spektrum Pro NRW und die Republikaner zur Wahl angetreten. Beide verpassten den Einzug ins Parlament, Pro NRW konnte 0,2% der

Stimmen holen, die Republikaner lagen bei 0,4%.

Ein Blick auf das Gesamtergebnis der Europawahl zeigt, dass (extrem) rechte und rechtspopulistische Parteien insgesamt im Aufwind liegen: In Frankreich erreichte der rechtsextreme Front National (FN) 25,4%, der britische Rechtspopulist Nigel Farage kam mit seiner Partei UKIP auf 28% der Stimmen. Auch in Dänemark (Dänischen Volkspartei stärkste Kraft), Österreich (FPÖ steigert sich auf 19,5%), Polen (Kongress der Neuen Rechten: 7,2%), Ungarn (Jobbik: 14,7%), Italien (Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) von Beppe Grillo 25,5%, Griechenland (Goldene Morgenröte drittstärkste Kraft) und Finnland ("Wahre Finnen" 12,8%) konnten rechtsgerichtete Parteien zulegen.

Im Europaparlament wollten einige von ihnen eine eigene Fraktion bilden, was aber vorerst gescheitert ist. Wie die weitere Entwicklung aussehen wird und wie die Zusammenarbeit mit der AfD sich auf Dauer gestaltet, wird zu beobachten sein, erste deutsche Politiker halten Koalitionen mit ihr für denkbar. Die AfD erzielte bei den Wahlen zum Europaparlament 7% und will dort "kritisch-konstruktiv" mitarbeiten. Lucke bestritt, dass seine Partei anti-europäisch oder rechtslastig ist.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt bestand in den letzten Monaten in der Recherche zu extrem rechten Berichterstattungen und Aktivitäten gegen Geflüchtetenunterbringungen sowie in

der Kontaktaufnahme zu den in dem Bereich relevanten Akteuren. Dies wird nun in gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen des MBT für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unterkünfte und der beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BASFI münden.

4. Rückblick

Lange Nacht der Museen

Am 12. April hat sich das Beratungsnetzwerk in der **Gedenkstätte Bullenhusen Damm** im Rahmen der **Langen Nacht der Museen** mit einem Informationsstand vorgestellt. Neben den Kolleginnen der Landeskoordinierungsstelle waren auch Mitarbeiter der KZ Gedenkstätte Neuengamme, des Jugendinformationszentrums, des LfV Hamburg und der Polizei anwesend. Trotz der späten Stunde kamen zahlreiche Besucher vorbei, um sich zu informieren.

African Day

Der **Verein IMIC e.V.** (Interkulturelles Migrant Integrations Center e.V.) hat am 24. und 25. Mai 2014 den „**African Day**“ mit einem integrativen Fest für Hamburgerinnen und Hamburger mit kulturellen Höhepunkten aus verschiedenen afrikanischen Ländern gefeiert. Das Beratungsnetzwerk hat sich auf der Bühne präsentiert und das Angebot der mobilen Beratung vorgestellt.

Plakataktion zur EU-Wahl

Die NPD hat ein Wahlplakat mit dem Slogan „Geld für die Oma – statt für Sinti und Roma“ veröffentlicht. Auf Initiative des Landesvereines der Sinti in Hamburg haben die Mitglieder des BNW eine Plakataktion beschlossen, um gemeinsam Stellung zum Thema zu beziehen.

Es wurde ein Plakat mit dem Slogan „Oma hat kein Bock auf Hetze gegen Sinti und Roma“ an öffentlichen Stellen angebracht.

Wer Interesse an einem Plakat hat, kann sich an die Landeskoordinierungsstelle Beratungsnetzwerk Hamburg unter Tel. 040/42863-3625 oder Email: bnw-hamburg@lawaetz.de wenden

5. Ausblick

Die nächste **BNW-Sitzung** findet am **11. September 2014** von 16 bis 18.15 Uhr statt. Ab 15.30 Uhr lädt ein Imbiss zum kommunikativen Austausch ein.

Das Fußballturnier „**Tolerantes Kicken**“ findet am **14. September 2014** von 10-16 Uhr im Stadtpark auf der Stadtparkwiese statt. Wir freuen uns über jede Menge Zuschauer! Bei Fragen wenden Sie sich gerne an die Landeskoordinierungsstelle des Beratungsnetzwerkes Hamburg.

Herausgeber:

Hamburger Landeskoordinierungsstelle des
Beratungsnetzwerkes gegen
Rechtsextremismus

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und
Integration, Adolph-Schönfelder-Straße 5,
22083 Hamburg und Johann Daniel Lawaetz-
Stiftung, Neumühlen 16 - 20, 22763 Hamburg.

Kontakt: bnw-hamburg@lawaetz.de
www.hamburg.de/gegen-rechtsextremismus
